
FDP-Fraktion im Römer

PÜRSÜN FORDERT MÄSSIGUNG BEI STREIKS IN FRANKFURT

10.03.2025

Die FDP-Römerfraktion kritisiert die aktuellen Streikmaßnahmen im Nahverkehr und am Frankfurter Flughafen scharf. „Die derzeitigen Streiks sind in ihrem Ausmaß völlig überzogen“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Yanki Pürsün. Er betont, dass besonders die Ausweitung der Arbeitsniederlegungen auf den Flughafen Frankfurt unverhältnismäßig sei, da dieser von den eigentlichen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nur am Rande betroffen ist. Dennoch müssten heute über 150.000 Passagiere ihre Reisepläne ändern, da nahezu alle der 1.170 geplanten Flugbewegungen ausfallen. Die Gewerkschaft ver.di nutze die Situation aus, um maximalen wirtschaftlichen Schaden anzurichten, ohne Rücksicht auf die betroffenen Bürger zu nehmen.

Pürsün weist darauf hin, dass die Streiks im Nahverkehr, die ab morgen für drei Tage den ÖPNV in Frankfurt lahmlegen werden, die ohnehin angespannte Verkehrssituation in der Mainmetropole weiter verschärfen. „Wir respektieren das Streikrecht als wichtiges Instrument in Tarifverhandlungen, aber was wir derzeit erleben, ist eine unverhältnismäßige Eskalation, die auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird“, so der Freidemokrat. Besonders kritisch sieht Pürsün die mangelnde Planbarkeit, die durch die kurzfristig angekündigten Streiks entsteht: „Wenn Kitas bestreikt werden, stehen berufstätige Eltern plötzlich ohne Betreuungsmöglichkeit da. Das ist nicht nur eine enorme Belastung für Familien, sondern gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn grundlegende Dienstleistungen nicht mehr verlässlich zur Verfügung stehen.“

Die Gewerkschaft müsse zu einem konstruktiven Dialog zurückkehren und ihre Forderungen in einem realistischen Rahmen halten. Der Schaden für den Standort Frankfurt sei immens, nicht nur durch die direkten Ausfälle am Flughafen, sondern auch durch die negativen Auswirkungen auf die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort.

Die FDP-Fraktion fordere daher alle Beteiligten auf, schnellstmöglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren und eine Lösung zu finden, die sowohl den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer als auch der wirtschaftlichen Realität und dem Gemeinwohl gerecht werde.